

losen Helfern wie dem Hamburger DRK-Sozialarbeiter Mohammed Bekrater, der „einige schlimme Fälle gleich nach Ochsenzoll gebracht“ hat, in die psychiatrische Klinik. Bekrater: „Wir haben oft nur noch Feuerwehrfunktion.“

Engagierte Lagerbetreuer wie die Bremer ASB-Chefin Stoess haben ihre Mitarbeiterstäbe denn auch schon mit festangestellten Psychologen aufgerüstet. Andere Betreuer arbeiten mit Experten zusammen, die, wie die Psychologin Regina Lessenthin beim DRK in Ludwigsburg, zu kostenlosen Beratungsstunden in die Lager kommen.

Die Hamburger DRK-Mitarbeiterin Meyer-Kolumbe hält „ambulante Therapieeinrichtungen“ für notwendig, in denen seelisch strapazierte Übersiedler in Krisen behandelt werden können.

Ob das gelingt, ist fraglich. Denn Fachleute wie die Münsteraner Psychologin Monika Sabel, die mit dem Bundesverband der Psychologen eine ehrenamtliche Lagerbetreuung organisieren will, befürchten, daß die „große Depression erst noch kommt“. Auch ihre Ludwigsburger Kollegin Lessenthin ist sicher: „Die große Welle der seelischen Störungen steht noch bevor.“

Trotz solcher Alarmmeldungen aus Betreuerkreisen sehen die meisten Sozialbehörden der Städte und Länder keine Notwendigkeit, zusätzliche Gelder für die psychologische Betreuung auszugeben. Noch, beschwichtigt etwa die Hamburger Sozialbehörde, sei es „ja zu keinen Auswüchsen gekommen“.

Hoffnung auf finanzielle Unterstützung für Psycho-Beratung haben die Hilfsorganisationen kaum. In den Ämtern gilt eine Parole, die Betreuer der Hamburger Sozialbehörde vernommen haben wollen: „Da müssen die eben durch.“

„Nie wieder Übersiedler“

Bei Westdeutschlands Arbeitgebern schwindet die anfängliche Begeisterung über die Zuwanderer aus der DDR: Viele, geprägt von sozialistischem Schlendrian

und Kommando-Wirtschaft, sind an den neuen Arbeitsplätzen überfordert. Unter den Übersiedlern, vor allem bei den Frauen, steigt die Zahl der Erwerbslosen.

Friedrich Dormann hat sich etwas einfallen lassen. Der Chef des Arbeitsamtes Darmstadt lädt Übersiedler zu einem Motivationskurs ein. Die Teilnehmer sollen vor allem eines lernen: „Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit“. Da hätten, sagt Dormann, die Einwanderer aus der DDR „besondere Defizite“.

Der erste Lehrgang dieser Art im Bundesgebiet (Veranstaltungsnummer: 17f/90) beginnt Mitte nächsten Monats. Die „Maßnahme zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten für arbeitslose Übersiedler“, so die offizielle Bezeichnung, dauert vier Wochen. In dieser Zeit sollen sich die Teilnehmer, „weibliche und männliche Übersiedler aller Altersgruppen“, wie es in der Ausschreibung heißt, an den westdeutschen Normalarbeitsrhythmus gewöhnen: acht Arbeitsstunden pro Tag, freitags sieben, 39 Stunden pro Woche.

Solche Lehrgänge sind offenbar bitter nötig: Viele Übersiedler neigten dazu, „ihren Arbeitsplatz willkürlich zu verlassen“, sagt Rainer Grimm, Leiter der Vermittlungsabteilung am Darmstädter Arbeitsamt.

Bei den zugewanderten Preußen fehlt es, wie die Arbeitsverwalter allenthalben hören, häufig an den alten preußischen Tugenden. Gewöhnt an planwirtschaftlichen Schlendrian, an schleppenden Materialnachschub und Mangelwirtschaft, nehmen es viele Zuwanderer von drüben mit den Arbeitszeiten nicht so genau. Für ein Schnäppchen im Kaufhaus lassen sie schon mal den Bus zur Arbeit sausen.

Mit zahllosen Beispielen können Arbeitgeber und Arbeitsvermittler belegen, wie schwer es vielen Übersiedlern fällt, sich an die bundesdeutsche Arbeitswelt anzupassen.

Da ist zum Beispiel ein Maurer, gerade 30 Jahre alt, der bei einem kleinen Baugeschäft im Darmstädter Raum angefangen hatte. Schon am ersten Tag gab er den Job wieder auf, weil er auf einer Baustelle ohne Vorarbeiter eine Mauer hochziehen sollte. Das Arbeitsamt mußte ihm eine Stelle bei einem Großunternehmen besorgen, wo er wie gewohnt nach Anleitung des Poliers arbeiten durfte.

Ein EDV-Techniker wiederum wurde an ein kleines Software-Haus vermittelt, wo er zunächst zufriedenstellend arbeitete. Nach einigen Monaten jedoch sprach er wieder beim Arbeitsamt vor, weil der Chef Überstunden verlangte. „Darf der das denn überhaupt?“ wollte der junge Übersiedler wissen, schließlich sei die Arbeit auch so schon anstrengend genug. „Es fehlt eben jedes Gespür dafür, was alles von fristgerechter Fertigstellung abhängt“, resümiert der Darmstädter Vermittler Roland Maus.

Für manch einen Mecklenburger, Thüringer oder Sachsen ist es offensichtlich völlig neu, daß ein Acht-Stunden-Tag acht Stunden Arbeit bedeuten kann. Ein Ingenieur, der in einer südhessischen Gummifabrik angefangen hatte, beklagte sich schon nach einer Woche bei seinem Arbeitsvermittler: Nun arbeite er schon fünf Tage lang ununterbrochen, und „das Material fließt immer noch“ – Materialpausen wegen Zulieferproblemen gehören drüben gleichsam zum sozialen Besitzstand.

So wollte ein Bäckergehilfe in Darmstadt, Arbeitsbeginn fünf Uhr früh, schon am ersten Tag um sieben Uhr nach Hause gehen, um die Kinder zu betreuen; seine Frau hatte ebenfalls einen Job angenommen. Die Mitteilung, daß seine Arbeitszeit bis mittags dauert, hatte der Geselle einfach nicht ernst genommen. „Ich dachte, um sieben Uhr geht doch so-



Zimmerermeister Müller, Übersiedler
„Off nur aufs schnelle Geld aus“

„Der Zündstoff ist da“

Westdeutscher Volkszorn gegen Übersiedler aus der DDR

Bereits Ende letzten Jahres warnte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann vor einer Bevorzugung von DDR-Übersiedlern bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Wohnungen – eine „Verhättschelung“ der Staatenwechsler, so der SPD-Politiker, werde „böses Blut machen“. Heinemann erhält seither stapelweise zustimmende Wählerpost. Auszüge:

Bravo, Herr Minister. Endlich denkt ein Politiker auch mal an die Einheimischen. Man kommt sich ja langsam im eigenen Land wie ein Störenfried vor. Wo blieben denn in früheren Jahren die Hilfsangebote für bedürftige Bundesbürger (kinderreiche Familien, Schwerbehinderte, gesundheitlich Angeschlagene)? Nichts gegen die Übersiedler an sich, aber sie sollen sich hier gefälligst dem zugegeben harten kapitalistischen Wettbewerb stellen. Uns wurde auch nichts geschenkt.

★

Es ist eine Schande, wie die DDR-Flüchtlinge mit Geschenken und Vorteilen überhäuft werden. Nun sprechen Bund und Länder sogar von Wohnungsprogrammen für die Flüchtlinge. Bisher hat man nichts davon gehört, daß auch Wohnungen für Einheimische ganz besonders nötig wären, dabei warten viele junge Familien auf eine preiswerte Wohnung. Das rechte Maß ist verlorengegangen. Die nächste Wahl wird es bestätigen.

★

Für Ihre offenen Worte über die Bevorzugung der DDR-Übersiedler vor Bundesbürgern kann ich Ihnen nicht genug danken! Sie sprechen offen aus, was sehr viele Menschen hierzulande empfinden, aber schon nicht mehr zu sagen wagen, aus Angst, als Egoisten und Unmenschen abgestempelt zu werden.

Als arbeitslose Gymnasiallehrerin, die übrigens auch seit Jahren auf Reisen verzichten muß, könnte ich nur noch heulen, wenn ich in der Zeitung die Begründung lese, die zur bevorzugten Behandlung von Übersiedlern führt: angeblicher „besonderer Arbeitseifer und hohe Motivation“.

Auch ich besitze diese Eigenschaften, dennoch stehe ich jetzt vor der Tatsache, daß mein Land als einziger möglicher Arbeitgeber nicht einmal meine Bewerbungen beantwortet.

Ich bin alles andere als eine Rechtsradikale, aber daß meine eigene Perspektivlosigkeit keinen Politiker interessiert, während alle Parteien seit Monaten kein anderes Problem mehr zu sehen scheinen, als den Übersiedlern „Perspektiven zu vermitteln“, diese Tatsache verbittert ungemein.

★

Wenn sich jemand wie ich einige hundert Mal vergeblich beworben hat bei jenen Arbeitgebern, die die jungen Leute aus dem anderen Deutschland mit Kußhand empfangen, dann bleibt ein gewisser Haß nicht aus. Als

Minister Haussmann vor einigen Tagen mitteilte, der Arbeitsmarkt sei leergefegt, da trommelten meine Fäuste gegen die Wände meiner Wohnung; ich hätte meine Fäuste – jetzt bildlich gesprochen – gern anders eingesetzt.

★

Bei allem Verständnis für den Freiheitsdrang der DDRler geht die Bundesregierung ent-

schieden zu weit. Die kommen zum Teil mit ihren Dreckschleudern herüber und dürfen hier weiterfahren. Wir hingegen müssen eine Abgasuntersuchung machen und dafür bezahlen, obwohl unsere Autos eh weniger Abgase haben.

Paßt den Übersiedlern das Arbeitslosengeld nicht, lassen sie sich krank schreiben, dann gibt es mehr Krankengeld. Da sollte man einen Riegel vorschieben. Den Fremdenverkehrsverbänden sollte man auch untersagen, den Fremden kostenlosen Urlaub anzubieten. Wenn das so weitergeht, können wir auswandern, damit das fremde Volk mehr Platz hat.

★

Wir haben sechs Millionen Sozialfälle, die am Rande leben und wenig beachtet werden. Aber Aussiedler und Übersiedler haben den Vorrang, bekommen Steuervorteile, daß es nur so kracht. Der Zündstoff ist da. Abwarten. Das explodiert noch.



Minister Heinemann
„Böses Blut“

wieso das Mehl aus“, sagte er zu seinem verdutzten Chef.

Wenn dann an ihrem neuen Arbeitsplatz im Westen mal tatsächlich etwas nicht klappt, legen die Übersiedler gern die Hände in den Schoß und warten. Ein Münchner Druckereibesitzer, der eines Abends von einem Besuch bei Kunden zurückkehrte, mußte überrascht feststellen, daß seine neuen Fachkräfte aus der DDR den halben Tag Skat gespielt hatten. Eine Maschine war ausgefallen. Selbst für die Reparatur zu sorgen oder den Chef zu verständigen war den Druckern nicht in den Sinn gekommen.

Dafür kommen die Neulinge manchmal auf die skurrilsten Einfälle. Bei der Textilgruppe Hof hat ein Arbeiter kürzlich eine ganze Verpackungsstraße angehalten, weil er unbedingt für private Zwecke ein Stück Folie brauchte.

„Man braucht Geduld“, sagt Zimmermeister Donat Müller aus Augsburg, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben. Unter den Übersiedlern greife eine fatale Jobbermentalität um sich: Wer jetzt noch in den Westen komme, meint Müller, habe nicht mehr die Motivation wie die Botschaftsbesetzer aus Prag und Budapest. Aus dem ersten Schub hatte Müller sich zwei Zimmerer und einen Schreiner besorgt, mit denen er sehr zufrieden ist. „Was nachkommt, ist häufig nur noch aufs schnelle Geld aus.“

Diese Haltung von DDRlern ist zwar verständlich, aber auch kurzsichtig. Die Übersiedler haben beim Arbeitsamt Anspruch auf Qualifikationskurse, die sie fit für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt machen. Statt diese Kurse zu belegen, rennen viele zur nächsten Handwerkskammer, lassen sich dort ihren DDR-Facharbeiterbrief bestätigen und fangen an zu jobben.

Das Urteil der Arbeitgeber über die Fähigkeiten der Neulinge fällt dementsprechend aus: „Voll ausreichend“ fand bei einer Umfrage in Nordrhein-Westfalen nur jeder fünfte Handwerksmeister die fachlichen Qualifikationen der früheren DDR-Bürger. Fast zwei Drittel beschwerten sich über „gewisse Mängel“, 38 Prozent fanden, daß die Leistungsbereitschaft „nicht ausreicht“.

Wenig Freude hat auch Fernsehstar Grit Boettcher („Hotel Paradies“) an einem Hausmeister-Ehepaar aus der DDR. Die Frau „rührte keinen Finger, ließ das Frühstücksgeschirr stehen und kümmerte sich nicht um die Tiere“, berichtet die Schauspielerin. Statt dessen fand die Hausherrin Möbel im Swimming-pool wieder. Nun wird die schwer enttäuschte Künstlerin die dreiköpfige Familie wohl nur mit gerichtlicher Hilfe wieder los.

„Von Einsatz und Freude an der Arbeit keine Spur“, urteilt auch eine Blu-

menhändlerin in Hamburg-Wandsbek über ihre Floristin aus der DDR. Die 27jährige angebliche Fachkraft war ihr vom Hamburger Arbeitsamt vermittelt worden. Die Frau habe nur Rosen, Nelken und Tulpen gekannt, „sonst nichts“.

Die Neue sei dauernd zu spät gekommen und habe Kunden durch ihre mürrische Art vergrault, klagt die Chefin. Ein pünktlicher Feierabend sei ihr äußerst wichtig gewesen, Fortbildung hingegen fand sie eher nebensächlich. Nach vier Wochen war es die Blumenhändlerin leid – sie feuerte die Übersiedlerin noch in der Probezeit: „Ich wollte Hilfe und keine Belastung.“

Aus dem Lamento über die Übersiedler spricht zwar oft auch Enttäuschung darüber, daß sich die DDRler nicht so einfach als Lohndrücker mißbrauchen lassen. Aber die Klagen haben immer wieder denselben Tenor: Es fehlt den Arbeitnehmern aus der Planwirtschaft häufig an Eigeninitiative, der gewohnte Kommando-Sozialismus verführt zur Passivität.

Die Arbeitgeber werden zunehmend kritischer, wenn sich Übersiedler bei ihnen vorstellen. „Nie wieder Übersiedler“, schrieb zum Beispiel ein Apotheker ans Arbeitsamt Darmstadt. Der Mann hatte sich eifrig darum bemüht, seine neue Pharmazeutin aus der DDR einzuarbeiten. Ihr waren von drüben nur 110 Medikamente geläufig – statt der rund 23 000, die der Apotheker in seinem Sortiment hat.

Als der Chef bereits viel Zeit und Geld in die neue Kraft investiert hatte, blieb sie plötzlich ohne jede Nachricht weg. Nachforschungen ergaben: Die junge Frau hatte einfach anderswo einen Halbtagsjob angenommen.

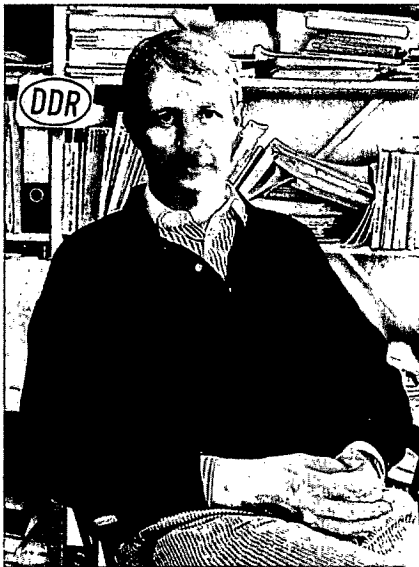
Die anfängliche Begeisterung über die vielen jungen, hochmotivierten, gut ausgebildeten Facharbeiter aus dem Osten ist einer gehörigen Portion Skepsis gewichen. „Da geht nix“, sagte ein Kachelofenbauer in Lindau zu einem Gesellen aus Zwickau, der nur bei einem Stundenlohn weit über Tarif und mit fünfjähriger Arbeitsplatzgarantie anfangen wollte.

Solche schon beinahe unverschämten Ansprüche erlauben sich Zuwanderer aus der DDR, weil sie schnell mitbekommen haben, daß Facharbeiter in nahezu allen Branchen äußerst gefragt sind. Die bundesdeutsche Wirtschaft rotiert an den Grenzen ihrer Kapazität. Allein im vergangenen Jahr sind über 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Die Arbeitslosenquote, die bei dem milden Winter und der anhaltend blendenden Konjunktur eigentlich hätte abnehmen müssen, stieg im Januar, als täglich mehr als 2000 DDRler die Seiten wechselten, von 8,0 auf 8,5 Prozent.



Übersiedler an der Motorenmontage bei Mercedes-Benz: Hohe Erwartungen



Soziologe Ronge
„Berufsfremde Arbeit“

Mehr als 130 000 Übersiedler waren Ende Januar ohne Job.

Wie die auf und nieder schwappende Einwanderungswelle zu stoppen ist, weiß niemand so recht. Millionen saßen schon auf gepackten Koffer, sagt DDR-Ministerpräsident Hans Modrow. Ob sie alle kommen, hängt stark von der Stimmung im anderen Deutschland ab. Wenn die Angst vorm wirtschaftlichen Kollaps wächst, schnellt die Zahl der Umzügler aus der DDR prompt in die Höhe.

Aber nicht nur aus der DDR, auch aus den übrigen Ländern des auseinanderbrechenden Ostblocks drängen Deutsche in die alte Heimat. Etwa zwei Millionen, so die grobe Schätzung, warten

in der Sowjetunion, in Polen oder Rumänien auf die Ausreise.

Wenn sie alle, Aussiedler und Übersiedler, kommen, „müssen wir mit katastrophalen Folgen rechnen“, sagt Ursula Engelen-Kefer, die Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit. Ihr werden in diesem Jahr rund drei Milliarden Mark in der Kasse fehlen.

Jeder beschäftigungslose Übersiedler kostet die Arbeitsämter durchschnittlich 13 000 Mark im ersten Jahr, jedes weitere Jahr schlägt mit 10 000 Mark zu Buche. Das ist Geld, das zum Beispiel dringend für die Wiedereingliederung bundesdeutscher Langzeitarbeitsloser benötigt wird. Ihnen nehmen die Übersiedler nicht nur die Jobs, sondern nun auch noch die Fördermittel weg.

Die finanziellen Verlockungen für den Wechsel von Deutschland-Ost nach Deutschland-West sind deshalb eine gigantische Fehlinvestition – Geld, das sinnlos für eine Völkerwanderung ausgegeben wird, die hinterher mit hohem Aufwand rückgängig gemacht werden muß, soll die entvölkerte DDR in Schwung gebracht werden.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm weigert sich jedoch standhaft, eine „neue Mauer aus Paragraphen“ zu errichten, um die Einwanderung zu verhindern. Es würde auch nicht viel nützen, denn als Deutsche haben die DDRler in der Bundesrepublik zumindest Anspruch auf Sozialhilfe – die Lasten würden also nur von den Arbeitsämtern auf die Kommunen verlagert.

Am schwersten haben es die grenznahen Arbeitsämter. Allein ins bayerische Hof kommen jeden Monat rund 1000 Übersiedler, dazu noch täglich etwa 250 Besucher aus der DDR, die sich nur mal

eben über Arbeitsmöglichkeiten informieren wollen.

Die meisten fahren enttäuscht wieder nach Hause, denn gebraucht werden fast nur noch gut ausgebildete Spezialisten wie Metall-Facharbeiter oder Maurer und Zimmerleute, hier und da auch mal Kellner oder Köche.

Selbst wenn die Qualifikation stimmt, heißt das noch längst nicht, daß die Übersiedler auch in ihrem erlernten Beruf arbeiten können. Schlosser und Automechaniker arbeiten zum Beispiel bei Mercedes-Benz in Stuttgart oder bei Audi in Ingolstadt am Band, keine sonderlich anspruchsvolle Tätigkeit.

Daß ihre Fertigkeiten dabei verkümmern und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sinken, scheint die Facharbeiter wenig zu kümmern. Manch einem geht es zunächst ums Geld und dann erst um die berufliche Perspektive.

Das mußte auch Thomas Zimmermann lernen. Der Münchner Krankenhaus-Referent hatte 70 Schwestern aus der DDR eingestellt, von denen die meisten schon wieder aufgehört haben, weil sie, so Zimmermann, weder mit dem „Arbeitstempo noch mit der Technik fertig wurden“. Einarbeitungskurse lehnten die Frauen dankend ab. Jetzt bemüht sich Zimmermann in Jugoslawien um Ersatz, denn allein in Münchens vier städtischen Krankenhäusern sind 319 Planstellen unbesetzt. Trotz des Übersiedlerstroms stehen die Kliniken vor dem Kollaps.

Krankenschwestern gehören zu den meistgefragten Übersiedlerinnen. Ansonsten haben es Frauen aus der DDR auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt wesentlich schwerer als Männer.

Nach einer Untersuchung des Wuppertaler Soziologen Volker Ronge müssen sich Frauen häufiger mit „unterqualifizierter oder berufsfremder Arbeit“ begnügen. Das liegt laut Ronge einerseits daran, daß die Frauen oft aus den weniger gefragten Dienstleistungsberufen stammen, andererseits finden sie im Westen kaum Teilzeitjobs, und Kindergärten fehlen.

Ein weiteres Handikap kommt hinzu: Die gewerblich-technischen Berufe sind in der Bundesrepublik immer noch weitgehend Männersache. Aus der DDR kommen jedoch zuhauf Gießerei-Ingenieurinnen, Schiffsbau-Ingenieurinnen und Bauleiterinnen.

Eine Kranführerin, drüben eine Selbstverständlichkeit, hat es schwer im Westen. Baufirmen zögern, Frauen auf die Baustellen zu lassen, vor allem in leitender Position – „schon wegen der vielen Türken“, gibt ein Stuttgarter Bauunternehmer zu bedenken; Gastarbeiter würden nie einen weiblichen Polier akzeptieren.

Ähnlich chancenlos wie die Frauen vom Bau sind die Akademiker aus der

DDR. Lehrer, Juristen, Wirtschaftsfachleute sind praktisch nicht vermittelbar; sie müssen entweder umschulen oder von vorn anfangen.

Nur einen einzigen Diplom-Physiker aus Dresden hat das Arbeitsamt Hof vom Fleck weg unterbringen können. Die übrigen Studierten „sitzen alle auf der Bank und beziehen Leistungen“, sagt Heinz Obst vom Hofer Arbeitsamt.

Auch die 15 Fluglotsen aus der DDR, die sich bei der Bundesanstalt für Flugsicherung in Frankfurt beworben haben, konnten bei der Behörde bisher nicht landen; ihr Englisch war zu schlecht.

Nur einer oder zwei haben sich überhaupt für einen Lehrgang qualifizieren können.

Mehrere hundert Anfragen sind hingegen bei der Bundeswehr eingegangen – von Offizieren und Mannschaften der Nationalen Volksarmee. „Grundsätzlich hat jeder eine Chance“, beteuert Oberstleutnant Wolf Poulet, der Sprecher der Bonner Streitkräfte. Allerdings müßten die Offiziere sich gegebenenfalls von unten wieder hochdienen.

Die Armee sei, sagt Poulet, eben doch ein „Dienstleistungsbetrieb ganz spezieller Art“.

„Ratten in Bunkern“

Der Übersiedler-Zuzug verstärkt die Obdachlosigkeit in Großstädten

Der Mann hatte sich auf dem Dachboden eines Mietshauses im Hamburger Nobelviertel Eppendorf zwischen Kisten und Brettern eingerichtet – mit einer Schaumstoff-Unterlage, einer dünnen Wolldecke und einem Stück Alu-Folie als Teller-Ersatz.

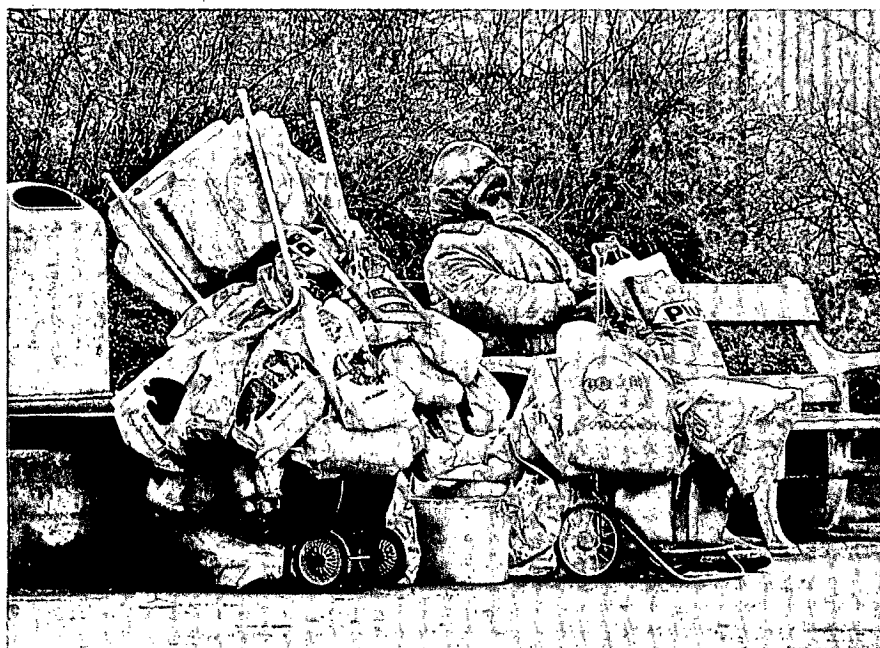
Als Hausbewohner den ungebetenen Gast entdeckten und die Polizei alarmierten, erkannten die Beamten einen alten Bekannten: Sie hatten den Obdachlosen schon mehrmals aus Abstellräumen vertrieben, immer wieder war er in einem anderen Verschlag aufgetaucht.

Kein Einzelfall: Seit Hunderttausende von Aus- und Übersiedlern nach Westdeutschland drängen, sinken für andere Wohnungslose die Chancen, irgendwo einen Unterschlupf zu finden. „Wir sind“, sagt Arno Söntgen, Sozialdezer-

nent des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, „am Rande unserer Möglichkeiten.“ Sein Amt gibt Betroffenen oft nur noch einen Schein, auf dem steht, daß die Behörde die Mietkosten übernimmt, und verabschiedet sie dann: „Such dir was.“

Aber wo? Die städtischen Obdachlosenheime sind, nicht nur in Hamburg, hoffnungslos überfüllt. Preiswerte Wohnungen gibt es kaum noch, und wenn die Ämter doch mal eine auftreiben, vermieten die Besitzer oft lieber an Zuwanderer aus der DDR als an westdeutsche Wohnungslose, die häufig als Penner oder Asoziale beschimpft werden.

Die erhöhte Nachfrage, erkannte der Hamburger Senat im November letzten Jahres, habe einen „erheblichen Verdrängungsprozeß unter den verschiedenen wohnungslosen Personengruppen“



Obdachlose Frau in Berlin: „Such dir was“